

**Erstes internationales Neujahrsfest der Diakonie Württemberg
Heilbronn
Samstag, 18. Januar 2003**

Rede der Justizministerin und Ausländerbeauftragten der Landesregierung, Corinna Werwigk-Hertneck

**„Von der Anwerbung zur Integration –
eine Chance für die Gesellschaft“**

- es gilt das gesprochene Wort -

Gliederung:

1. Begrüßung und Einleitung
2. Aktuelle Zuwanderungsgesetz-Debatte
3. Zum Integrationsbegriff
4. Anwerbezeit und Anwerbestopp
5. Eine integrationspolitische Bilanz
6. Zur Lebenssituation junger Ausländer
7. Handlungsempfehlungen
8. Schlussbemerkung

1. Begrüßung und Einleitung

Sehr geehrte(r)

Herr Karl Friedrich Bretz (Geschäftsführer des Kreisdiakonieverbandes Heilbronn)

Herr Henry von Bose (Geschäftsführer des Diakonischen Werks Württemberg)

Herr Artur Kübler (Bürgermeister der Stadt Heilbronn)

Herr Volker Lenz (Bürgermeister der Stadt Künzelsau)

Herr Helmut Rüger (Schulleiter des Mönchsee-Gymnasiums Heilbronn)

Frau Angela Droste (Schulleiterin des Robert-Mayer-Gymnasiums Heilbronn)

Herr Thomas Weber (Geschäftsführer der AOK Heilbronn; Gastgeber)

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

liebe Schülerinnen und Schüler,

verehrte Gäste!

Es ist für mich Freude und Ehre zugleich, heute anlässlich des 1. internationalen Neujahrsfestes der Diakonie Württemberg unter der Überschrift „Von der Anwerbung zur Integration – eine Chance für die Gesellschaft“ zu Ihnen sprechen zu können. Gleich zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich mich bei den Organisatoren dieses schönen Neujahrsfestes herzlich bedanken.

2. Aktuelle Zuwanderungsgesetz-Debatte

Es gibt genug Fakten, die belegen, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Ich will nicht näher darauf eingehen – dazu ist inzwischen genug gesagt. Der überfällige Perspektivenwechsel darf aber nicht nur rhetorisch vollzogen werden – er muss vielmehr konsequent und umfassend auch in der praktischen Politik – und zwar auf allen Ebenen – stattfinden. Ein erster wichtiger und meines Erachtens auch unerlässlicher Schritt hierzu ist die Reform des antiquierten und rein unter sicherheitsrechtlichen Aspekten ausgerichteten Ausländergesetzes und die Schaffung einer transparenten und bedarfsorientierten Zuwanderungsregelung. Von großer Bedeutung ist auch der Vorschlag, erstmalig die Integration von Zuwanderern auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

Es ist daher bedauerlich, dass das Zuwanderungsgesetz nun nicht am 1.1.2003 in Kraft treten konnte. Das Zuwanderungsgesetz stand für den längst überfälligen Paradigmenwechsel in der deutschen Zuwanderungs-, Ausländer- und Integrationspolitik. Das Zuwanderungsgesetz war der positive Abschluss einer intensiven gesellschaftlichen und politischen Debatte der letzten zwei Jahre über die Notwendigkeit einer gesteuerten Zuwanderung, die Notwendigkeit einer gesetzlichen Integrationsregelung sowie getragen von der überwiegenden Einsicht, dass Deutschland schon seit Jahrzehnten zumindest faktisch ein Einwanderungsland ist. Ich habe vergangene Woche mit einem überarbeiteten Gesetzentwurf eine neue Initiative gestartet, um durch die Vermittlung zwischen den Parteien möglichst rasch eine Einigung beim Thema Zuwanderungsgesetz zu erzielen.

Ich füge aber hinzu: Wir müssen Befürchtungen und Vorbehalte gegen Zuwanderung ernst nehmen und uns bemühen, diese Vorbehalte und ihre Ursachen abzubauen. Wir müssen die Ängste derer ernst nehmen, die verunsichert sind, die oft nicht wissen, wie sie sich Fremden gegenüber verhalten sollen und die Unbehagen empfinden, wenn ihre gewohnte Umgebung ihnen fremd wird. Wir müssen den Menschen erklären, warum es bei rund 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland an Hochqualifizierten und Fachkräften mangelt. Mit dem Wunschbild einer sich selbst regulierenden, multikulturellen Einwanderungsidylle, die allen Verfolgten und in Not Geratenen eine Heimstatt bietet, würde das nicht gelingen. Aber natürlich auch nicht mit dem Leitbild einer nationalen Wagenburg inmitten einer Welt großer Wanderungsbewegungen. Unsere Aufgabe ist darum eine doppelte: Wir müssen die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund verbessern und die Zuwanderung vernünftig regeln.

3. Zum Integrationsbegriff

Zunächst einmal ist festzuhalten: Integration ist kein müheloser Prozess, er verlangt vielmehr Anstrengungen sowohl von den Einheimischen als auch von den Zugewanderten und ihren Familienangehörigen. Integration ist ein Annäherungsprozess von Deutschen und Menschen ausländischer Herkunft unter Wahrung ihrer jeweiligen Identität. Es geht meines Erachtens nicht um ein besonderes Miteinander, sondern eher um ein Nebeneinander im normalen Umfang. Eine moderne Integrationspolitik muss nach unserer Ansicht in erster Linie folgende Ziele verfolgen:

- die Schaffung einer gemeinsamen Identifikation von Deutschen und Nichtdeutschen
- die Ermöglichung des sozialen Aufstiegs der Zuwanderer
- die Bewerkstelligung eines Dialogs und Austauschs zwischen Deutschen und Nichtdeutschen.

Die so verstandene Integration gelingt sicher umso besser, je geringer die kulturellen Unterschiede sind und je besser das Bildungsniveau und die soziale Situation der Migranten ist. Integration ist hierbei ein Prozess, ich sagte es bereits, der beide Seiten betrifft, den Zuwanderer und die Aufnahmegesellschaft gleichermaßen.

Integration bedeutet für die Aufnahmegesellschaft:

- die Eingliederung der Zugewanderten in unsere Gesellschaft, nicht Assimilation unter irgendeine nebulöse Leitkultur
- die Schaffung einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Einheimischen und Zugewanderten in gegenseitiger Anerkennung und Akzeptanz
- die Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf
- die gleichberechtigte Partizipation der Zugewanderten in allen gesellschaftlichen Bereichen
- Vermittlung von Grundwerten unserer Gesellschaftsordnung
- Vermittlung der deutschen Sprache

Integration bedeutet für den Zuwanderer:

- die Bereitschaft und den Willen, sich auf die neue Gesellschaft einzulassen, dazu gehören zu wollen
- die Bereitschaft, die Grundregeln und Grundwerte unserer Staatsordnung anzuerkennen - wie jeder Deutsche auch
- die Bereitschaft, sich wenigstens Grundkenntnisse der deutschen Sprache anzueignen.

Der nun greifbar gewordene Perspektivenwechsel in der deutschen Ausländer-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik muss münden in eine neue Integrationskultur in unserem Land: Diese neue Integrationskultur muss aus der Erkenntnis heraus wachsen, dass Integration nur in einem gesellschaftlichen Klima des Miteinander erfolgreich gelingen kann.

4. Anwerbezeit und Anwerbestopp

Für das Land Baden-Württemberg ergab sich aus den knapp 14,2 Millionen Zuzügen und rund 11,3 Millionen Fortzügen von 1952 bis Jahresende 2001 ein gesamter Wanderungsgewinn von etwa 2,8 Millionen Personen, davon rund 1,13 Millionen Ausländer, hauptsächlich aus Griechenland, Italien, dem früheren Jugoslawien und der Türkei. In Baden-Württemberg leben heute über 1,29 Millionen ausländische Menschen aus mehr als 200 Staaten, davon als größte Gruppe mit rund 330.000 Menschen die Türken. Das ist ein Ausländeranteil von fast 12 Prozent. In Heilbronn leben 131 Nationalitäten bei einem Ausländeranteil von 19,4 Prozent.

Doch wie war die geschichtliche Entwicklung dieses Zuwanderungsprozesses? Trotz des starken Zustroms von Vertriebenen

nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trat in Teilbereichen der florierenden westdeutschen Wirtschaft bald schon eine Knappheit an Arbeitskräften auf, so dass bereits 1953 Landwirtschaftsverbände in Baden - Württemberg dazu übergingen, italienische Arbeitskräfte anzuwerben. Diese zunächst informellen Verträge wurden später durch eine Reihe binationaler Anwerbeabkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1961), Portugal (1964), Tunesien und Marokko (1965) sowie Jugoslawien (1968) ersetzt, die den kurzzeitigen Arbeitsaufenthalt der sogenannten Gastarbeiter regeln sollten. Weder die Unterzeichnerstaaten, noch die Angeworbenen ahnten damals, dass sich ihr als vorübergehend geplanter Aufenthalt in Deutschland häufig in eine Dauerniederlassung wandeln würde.

Ein entscheidender Wendepunkt in der Migration war der Anwerbestopp von 1973. Diese Maßnahme, bedingt durch wirtschaftliche Schwierigkeiten (Rezession 1967, Ölkrise 1973), sollte die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik vermindern. Tatsächlich hatte sie jedoch den entgegengesetzten Effekt, insbesondere nahm auch der Anteil der nachziehenden Frauen zu, so dass das Kalkül des Anwerbestopps langfristig nicht aufging. Während in Deutschland so die „Zweite Generation“ von Ausländern heranwuchs, lockerten sich die Verbindungen zu ihren Heimatländern immer mehr.

5. Eine integrationspolitische Bilanz

Kommt man zu einer integrationspolitischen Bewertung der vergangenen 50 Jahre, muss man positive wie negative Entwicklungen

verzeichnen. Auf der einen Seite sind folgende Erfolge zu benennen:

- Ausländer haben das Nachkriegsdeutschland mit aufgebaut und damit erheblich zum Wohlstand unseres Landes, zur Entwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft und zur kulturellen Vielfalt beigetragen.
- die Zuwanderer leisten einen wichtigen Beitrag zur deutschen Wirtschaft, sei es als Arbeitnehmer oder Selbständiger. Auch als Konsumenten sind ausländische Haushalte schon lange ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor geworden.
- es sind zwischen Deutschen und Zuwanderern viele Freundschaften, Begegnungen und Kontakte entstanden.
- es ist eine Vielzahl wechselseitiger kultureller Einflüsse zu beobachten.
- auch für die Herkunftsländer haben die Menschen ausländischer Herkunft große wirtschaftliche Hilfestellung geleistet.

Also nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell haben die damaligen Gastarbeiter und ihre Familien unser Land durch ihr Kommen bereichert. Zwischenzeitlich sind sie zu einem unverzichtbaren Teil unserer Gesellschaft geworden. Es gehört aber auch zur Wahrheit, die entstandenen Problemlagen zu sehen:

- im Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist immer noch häufig eine gewisse Distanz zu beobachten.
- viele – vor allem auch junge - Ausländer haben mangelhafte Deutschkenntnisse.

- Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug und mangelhafte Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse sind unter Ausländern weit stärker zu beobachten.
- teilweise haben sich Zuwanderer in eigene kulturelle Welten abgeschottet.

Die Vergangenheit, also insbesondere die Anwerbezeit der 50er und 60er Jahre, hat also gezeigt, dass eine bloße Zuwanderung von Arbeitskräften ohne flankierende Integrationsmaßnahmen teilweise bis heute zu großen gesellschaftlichen Problemen führt, dass Menschen nicht unbefristet auf gepackten Koffern ohne ausreichende gesellschaftliche Integration leben können.

Auch wenn es immer wieder Rückschläge in der Integration der Zuwanderer gab und auch noch geben wird, fällt für mich die Zuwanderungsbilanz eindeutig positiv aus: 50 Jahre Migration nach Deutschland und Baden-Württemberg haben unbestreitbar befruchtend auf unsere Kultur und Gesellschaft gewirkt. Die Mehrheit der Zuwanderinnen und Zuwanderer lebt heute voll integriert mit uns in Baden-Württemberg.

6. Zur Lebenssituation junger Ausländer

Die in Deutschland lebenden jungen Ausländer nahmen bis Mitte der 90er Jahre zunehmend an der schulischen, beruflichen sowie Hochschulausbildung teil und erwarben immer bessere Bildungsabschlüsse. In den letzten Jahren ist diese Entwicklung leider ins Stocken geraten, es gab sogar - vor allem an beruflichen Schulen und bei der Lehre – Rückschritte zu verzeichnen. Nach wie vor ist

die Diskrepanz in der Bildungsbeteiligung zwischen Deutschen und Ausländern beträchtlich, insbesondere, wenn die Schulpflicht endet. Es kann uns nicht gleichgültig lassen,

- wenn immer mehr Migrantenkinder bei ihrer Einschulung kaum oder gar nicht deutsch sprechen; und, nebenbei bemerkt, oft auch ihre Muttersprache nur bruchstückhaft beherrschen (sie kennen das Phänomen der sogenannten „doppelten Halbsprachigkeit“).
- wenn es seit vielen Jahren überproportional viele ausländische Hauptschüler gibt
- wenn doppelt so häufig ausländische Kinder die Sonderschule Lernen besuchen wie deutsche Kinder
- wenn 1/5 der ausländischen Jugendlichen ohne Schulabschluss bleibt
- wenn ca. 1/3 der ausländischen Schülerinnen und Schüler die Berufsschule ohne Abschluss verlässt.

Wird nicht gegengesteuert, öffnet sich die Schere zwischen den Ansprüchen des Arbeitsmarktes und dem Bildungsniveau bei jugendlichen Migranten, aber auch die Schere zwischen deutschen und nichtdeutschen jungen Menschen immer weiter. Denn eine fundierte Schulbildung und gute berufliche Qualifikation werden für eine offene Gesellschaft und die Leistungsfähigkeit einer hoch industrialisierten Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb immer wichtiger.

Vor allem aber sind für eine offene Gesellschaft gleiche Chancen für alle beim Zugang und beim Besuch von Bildungseinrichtungen eine konstitutive Voraussetzung. Dies verlangt, dass ausländische Kin-

der, Jugendliche und junge Erwachsene besser als bisher in Schule, Berufsausbildung und Hochschule eingegliedert werden.

Die Pisa-Studie hat einmal mehr gezeigt, dass unser Schul- und Bildungssystem schwere Defizite aufweist. Im internationalen Vergleich liegen wir recht weit abgeschlagen im hinteren Drittel. Es mangelt vor allem an der Lesekompetenz unserer Schülerinnen und Schüler, also an der Fähigkeit, geschriebene Texte unterschiedlicher Art in ihren Aussagen, ihren Absichten und ihrer formalen Struktur zu verstehen und in einen größeren Zusammenhang einordnen zu können. Um eines hier aber ganz deutlich zu sagen: Wer behauptet, dass vor allem die Migrantenkinder am schlechten deutschen Abschneiden schuld seien, hat die Studie nicht richtig gelesen oder nicht richtig verstanden. Die Studie zeigt vielmehr, dass ein substantieller Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und der erworbenen Lesekompetenz nachweisbar ist.

Da Migrantenkinder – leider – oftmals aus schwächeren sozialen Schichten kommen, ist hier der Zusammenhang zur regelmäßig ebenso schwachen Lesekompetenz zu suchen. Ein klares – und nicht neues - Ergebnis der Pisa-Studie ist ferner, dass die Sprachkompetenz die entscheidende Hürde in der Bildungskarriere der Kinder aus Zuwandererfamilien ist.

7. Handlungsempfehlungen

Die wiedergewählte Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung die Integration dauerhaft hier lebender Ausländer zu einem vorrangigen Politikfeld erklärt. Außerdem wurden verstärkte Integrati-

onsbemühungen bei jungen Migranten vor allem im vorschulischen und schulischen Bereich vereinbart. Die interministerielle Arbeitsgruppe Integration hat viel beachtete Integrationsleitlinien erarbeitet, die das Kabinett Anfang letzten Jahres beschlossen hat. Ein „Landesarbeitskreis Integration“ wurde gegründet, der die Landesregierung in Integrationsfragen beraten soll.

Mit unserem „Modellprojekt Integrationskurs“ haben wir bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen beim Thema Sprach- und Orientierungskurse, die nun auch im Zuwanderungsgesetz festgeschrieben wurden. Wir sind uns aber auch bewusst, dass angesichts der teilweise bescheidenen Erfolge noch mehr Anstrengungen und vielleicht auch andere Anstrengungen auf allen Ebenen notwendig sind, um die noch immer oder wieder bestehenden Integrations-Defizite abzubauen. Wir wissen aber auf der anderen Seite, dass sich alleine schon aus finanziellen Gründen nicht alle notwendigen Maßnahmen zeitnah realisieren lassen. Wenn aber Prioritäten gesetzt werden müssen, möchte ich diese aus unserer Sicht auch benennen:

Deutsche Sprachkenntnisse sind unbestreitbar Grundlage und Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Mit dem Erlernen der deutschen Sprache muss deshalb so frühzeitig wie möglich begonnen werden. Dem Kindergarten kommt somit eine zentrale Rolle für die Sprachentwicklung der Kinder zu, insbesondere bei solchen Kindern, die aus einer Familie stammen, in der eine andere Sprache gesprochen wird. Sprachentwicklung und Sprachförderung im Kindergarten sind auszubauen, wie es auch ein Modellprojekt des Kultusministeriums nun vorsieht.

Wir fordern außerdem eine verstärkte Berücksichtigung der Aufgaben der Integration von nichtdeutschen Kindern bei der Ausbildung von Erziehern und Erzieherinnen, Stichwort: interkulturelle Kompetenz. Dabei sind wichtige Themen insbesondere die Grundlagen des Spracherwerbs, Grundkenntnisse der Kulturen der Heimatländer der Kinder und Grundkenntnisse ihrer Muttersprachen.

Wir treten zudem dafür ein, dass die interkulturelle Erziehung im Kindergarten und in der Grundschule bei entsprechender Qualifizierung des Erziehungspersonals einen höheren Stellenwert bekommt, denn: Wer als Kind lernt, Anderssein zu verstehen, zu respektieren und zu achten, der ist als Jugendlicher weniger anfällig für Parolen des Hasses und der Gewalt. Überhaupt muss Interkulturalität tragendes Prinzip in Bildung und Ausbildung werden. Verstärkt werden muss deshalb auch die Fähigkeit der Verwaltungen, mit kultureller, ethnischer und sprachlicher Vielfalt umzugehen. In einer von verschiedenen Kulturen geprägten Gesellschaft ist das tolerante Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zuwanderern so früh wie möglich zu fördern. Wir müssen erreichen, dass Mauern in den Köpfen erst gar nicht entstehen. Erziehungspersonal mit Migrationshintergrund kann auch dazu einen wertvollen Beitrag leisten. Ich rege daher an, ausländische Jugendliche gezielt für den Beruf der Erzieherin / des Erziehers anzuwerben. Zu diesem Ziel sollte eine entsprechende Kampagne gestartet werden.

Und nicht zu vergessen: Sprachvermittlung für Kinder wird erheblich erleichtert, wenn die Eltern gut deutsch sprechen. Für sie müssen deshalb ebenfalls Sprachförderangebote – am besten gemeinsam mit den Kindern – bereitgestellt werden.

Außerdem wiederhole ich unsere Forderung, die unterrichtsbegleitende Sprachförderung in die Regelversorgung der Grund-, Haupt- und Berufsschulen aufzunehmen.

Zu wenig beachtet wird in der Integrationsdebatte bisher die präventive und sozial stabilisierende Wirkung der Schulsozialarbeit und der schulischen Betreuungsangebote. Auch hier muss das Angebot ausgeweitet und vertieft werden.

Ganztageschulen können besonders in den sozialen Brennpunkten einen wichtigen Beitrag zur Integration von Kindern aus Migranten- und Aussiedlerfamilien leisten. Gerade die Pisa-Studie hat gezeigt, dass oftmals die Länder sehr gut abschneiden, die eine solche Ganztagsbetreuung anbieten.

Noch mehr als einheimische Kinder brauchen Kinder aus Migrantenfamilien Hilfestellung bei der Orientierung in der Gesellschaft, besonders aber in der Bildungs- und Berufswelt. Ich schlage deshalb vor, die Information über das Bildungssystem zu verbessern, Beispiele beruflich erfolgreicher Migrantinnen und Migranten zu publizieren und zu verbreiten und den Betroffenen an den wichtigen biografischen Schwellen individuelle Hilfestellung zu leisten.

Ein anderer wichtiger Weg ist auch, durch gezielte Stadtteilarbeit, die sich spezifisch an jene jungen Menschen wendet, die bis jetzt von Maßnahmen der beruflichen Qualifikation nicht erreicht wurden, die berufliche Entwicklung von Migranten nachhaltig zu unterstützen. Bei der Förderung von ausländischen Kindern und Jugendli-

chen in Schule und Berufsausbildung muss allerdings stets berücksichtigt werden, dass sie in der Regel keine einheitliche Gruppe sind, sondern sich in vielerlei Hinsicht unterscheiden, so nach Vorbildung, Aufenthaltsdauer, Nationalität und Rechtsstatus.

Die von mir geschilderten Anstrengungen für die Integration der Zuwanderer, die Bemühungen um einen nachhaltigen und fruchtbaren Dialog zwischen Deutschen und Nichtdeutschen sowie Christen und Muslimen, konnte und kann die Landespolitik natürlich nicht alleine erbringen. Der Staat ist vielmehr auf tatkräftige Unterstützung durch die Institutionen und Strukturen der Zivilgesellschaft, die Kirchen und Wohlfahrtsverbände, auf die Hilfsbereitschaft und den Ideenreichtum der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

8. Schlussbemerkung

Ich komme zum Schluss: Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten ein Einwanderungsland geworden. Der Alltag unserer multinationalen Gesellschaft verlangt nach einer Neuorientierung. Kindergärten, Schulen, Ausbildungsstätten, aber auch öffentliche Verwaltungen und die Wirtschaft müssen nach neuen Formen des interkulturellen Umgangs suchen. Denn Konflikte zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minderheitengruppen entstehen dann, wenn zu ohnehin vorhandenen sozialen Verwerfungen Missverständnisse oder Sprachlosigkeit hinzukommen. Hier wird die Beschäftigung mit unterschiedlichen kulturellen Wertvorstellungen, mit Klischees, Vorurteilen und Fehlwahrnehmungen erforderlich.

Der Staat, ich habe bereits davon gesprochen, kann Integration aber nicht per Gesetz verordnen. Integration ist ein Prozess, der allen Seiten Anstrengungen abverlangt und der sich über mehrere Generationen erstreckt. Zu seinem Gelingen müssen die Zuwanderer, aber auch die Einheimischen beitragen. Ergreifen wird daher die Chance für eine aktive Integrationspolitik, zu der es keine Alternative gibt! Ich bitte Sie alle, auch weiterhin an dieser wichtigen Aufgabe mitzuwirken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.